

NOZ 24/6/1999

Erst Ziele, dann Zahlen

Forum der Wissenschaften: Vortrag von Prof. Klaus Bade

Es war ein einstündiges Plädoyer für eine seit Jahrzehnten fehlende „Einwanderungsgesetzgebung“. Es müsse endlich erst über Ziele gesprochen werden, dann über Zahlen: So lautete das Credo von Prof. Klaus J. Bade, der am Dienstag abend den zweiten Vortrag in der Reihe „Forum der Wissenschaften“ anlässlich des Unijubiläums hielt.

Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), durchmaß in Riesenschritten die Geschichte der Einwanderungspolitik in Ost- und Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Politik, die zwar im europäischen Vergleich nicht unbedingt am schlechtesten dastehe, aber dennoch keinen „Anlaß zum Feiern“ gebe. Denn insgesamt sei sie geprägt von „demonstrativer Erkenntnisverweigerung“ und „Tabuisierung“ der Problemlage.

Seit 1945 habe sich weder die Bundesrepublik noch die DDR den „unbewältigten Problemen im Umgang mit Fremden“ wirklich gestellt. Was im Westen die „Gastarbeiter“, waren im Osten die Arbeitskräfte aus sozialistischen Bru-

derstaaten. „Gast ist nur, wer nicht auf Dauer bleibt“ – an dieser Begrifflichkeit lasse sich bereits das „gesellschaftliche Paradox“ ablesen. In Deutschland bestand de facto eine Einwanderungssituation, der Staat aber weigerte sich hartnäckig, sich selbst als Einwanderungsland zu verstehen.

Damit aber nicht genug: Die Einwanderungspolitik sei gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Ungleichbehandlungen. Aussiedler aus Osteuropa, vor allem aus Rußland, genossen über Jahrzehnte eine Be-

vorzugung gegenüber den Einwanderern aus anderen Staaten. Damit seien Doppelidentitäten in Deutschland lebender Ausländer über Jahrzehnte „amtlich stabilisiert“ worden, was zu „kollektiven mentalen Verletzungen“ geführt habe.

Die fehlende Steuerung von Einwanderung habe schließlich sogar zur Beschneidung des Asylrechts geführt. Jenes Recht sei insbesondere nach der Vereinigung zum Nadelöhr für Einwanderer geworden, wozu es jedoch niemals vorgesehen war. Ein weiteres Argument, so Bade, für eine offensive Einwanderungspolitik.

Das Asylrecht sei für notleidende Menschen aus aller Welt vorgesehen. Die Einwanderung aber sollte der Staat zu einem berechtigten Eigeninteresse machen und daher Steuerungsmechanismen installieren, die eine Auswahl unter den Bewerbern ermögliche. Das, so Bade, sei die einzig vernünftige Perspektive angesichts der zurückliegenden Jahrzehnte. Denn: „Wer die Geschichte ignoriert, läuft Gefahr, sie noch einmal zu erleben.“ (kg)



PROF. KLAUS BADE.

Foto: Thomas Osterfeld